

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 100 Pfg., von auswärts 125 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsmarkten nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 300 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 7 Uhr. Einzelnnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 3944. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 133

Donnerstag, den 10. Juni 1920

11. Jahrgang

Das deutsche Kabinett noch zweifelhaft.

Das deutsche Wahlergebnis

hat vor allem eines mit dem Ausfall der Danziger Wolltagwahl gemein: Es stellte fest, was ist! Ueber die „Massen“ prophezeiungen, in denen sich die Reaktionen von rechts und links übermächtig berauchten, stob der Wahlsturm hinweg und schied den Felsen von den Volkengespinnnen einer himmelfürmenden Phantastie.

Wie in Danzig, so rühmen sich Unabhängige und Deutschnationale in gleichem Maße auch in Deutschland des „Sieges“. Zur größten Ueberraschung beider „Sieger“ hat sich jedoch, wie wir sofort am Montag schrieben, die alte Sozialdemokratische Partei mit 110 Mandaten nach wie vor als die Partei des Volkvertrauens erwiesen.

Die Unabhängigen und die Reaktionen von rechts, eine durchaus nicht etwa zufällige Zusammenstellung, jubeln gemeinsam über ihren Gewinn an Stimmen und Mandaten. Eine jede Partei will groß und stark werden. Jeder Parteigehörige freut sich darum, wenn seine Partei bei einer Wahl vorwärts kommt, mehr Wähler in ihren Bann zieht und vermehrte Mandate die Folge sind. Der Jubel der Unabhängigen und Reaktionen ist daher mehr als begründet. Er wäre ungetrübt, wenn im neuen Reichstag sowohl die einen wie die andern selbst können, was sie in der Nationalversammlung waren: Opposition! Daran ist aber nach dem Ausfall der Wahl nicht mehr zu denken. Mandaterfolge verpflichten in der Demokratie eine starre und ständige Opposition kann sich nur eine kleine Partei leisten. Sowie sie groß wird, hört das bequeme Nörgeln und Besserwissen auf. Die groß gewordene Partei muß daran denken, Verantwortung zu übernehmen, muß sich anscheiden, Hand anzulegen und durch den Eintritt in die Regierung zeigen, was sie kann.

Diese Klippe tut sich heute vor den Unabhängigen wie vor den Reaktionen auf. Und an dieser Bank können leicht die einen wie die andern scheitern. Heute sonnen sich beide noch in ihren Stimmenerfolgen. Schon aber kommt die Frage: wie verhalten wir uns im Parlament, und dann wird nur zu bald der Stoßseufzer kommen von links wie rechts: O weh, wir haben gesiegt!

Was zu einer Schwächung der Regierungsparteien führen mußte, ist die allgemeine Not der Zeit, die von keiner Partei und auch nicht von der leistungsfähigsten Regierung zu beheben gewesen wäre. Ernährungsschwierigkeiten, Schleichhandel, Schiebertum, die neuen Steuerbelastungen, das sind die wesentlichsten Momente, die einen Teil der Wähler zur Opposition nach rechts oder links abtrieben. Die Reichtsparteien, die sich von Revolutionsverirrungen, von der wilden Generalfreiererei des vorigen Jahres, von den Vorgängen im Ruhrrevier, von den Hölzjaden der Kommunisten sichere Riesenerfolge versprochen hatten, werden mit dem Gefühl der Enttäuschung auf den Wahltag zurückblicken.

Und die Linksradikalen? Wenn sie nicht ganz vom Teufel der Parteiverblendung befallen sind, wird die Unabhängigen trotz ihres Stimmenzuwachses kein reines Gefühl der Freude befallen. Eine sozialistische Mehrheit zieht leider nicht in den Reichstag ein. Das wäre nur möglich gewesen, wenn die Unabhängigen nicht abgelehnt hätten, mit uns eine Einheitsfront zu bilden! Ihr Kampf sowohl wie ihr Zuwachs bedeutet leider keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Sozialismus. Denn was sie gewinnen, gewinnen sie nicht von den Bürgerlichen, sondern von der Sozialdemokratie, die nach zwei Fronten hin in schweren Kämpfen stand. Den bürgerlichen Parteien bleiben die Unabhängigen, wie das Resultat zeigt, durchaus ungefährlich.

Die Gründe, die viele sozialdemokratische Wähler nach links getrieben haben, liegen klar zutage. Auch hierbei entschieden in erster Linie die allgemeinen Notzustände der Zeit, die die Linksradikalen in skrupelloser Weise gegen die Sozialdemokratie ausbeuteten, trotzdem sie recht gut wissen, daß auch sie nicht mehr Fleisch und Brot schaffen können. Dazu kommen die Steuerbelastungen, die zu verantworten immer und für jede Partei gefährlich gewesen ist. Und Ereignisse wie der Kapp-Putsch und Reichswehrmeutereien verärgerten manchen sozialistischen Wähler, täuschten ihn über die eigentlichen Ursachen und Linksradikalen Mitschuldigen dieser unerfreulichen Episoden der deutschen Revolution. In der Zeit schwerster Not, auf den Trümmern eines vollkommenen Zusammenbruchs mußte die Sozialdemokratie die Leitung des Landes in die Hand nehmen. Sie stand vor Riesenaufgaben deren Lösung erschwert wurde durch die Kurzsichtigkeit und Verblendung der Linksradikalen. Unsere Partei wurde in die bitterste Notwendigkeit versetzt, in die eine sozialistische Partei überhaupt versetzt werden kann: sie mußte zur Erhaltung der revolutionären Errungenschaften militärische Machtmittel anwenden gegen Volkspolizei, die im Namen des Sozialismus puffsahen. Die Massen, die diesmal trotz aller Schwierigkeiten, Irrungen und Wirrungen für die Sozialdemokratie stimmten, können als zuverlässige Anhänger unserer Partei gelten. Es ist eine Selbstverständlichkeit, zuverlässig, unerschütterlich und express, daß wir mit dieser Anhängererschaft allen weiteren Stürmen getroßt entgegengehen können!

Die Zentrumspartei hat sich schließlich doch nicht als unererschütterliche Turm erwiesen, als der sie frühere deutsche Wahlen überstand und auch nach den ersten Wahlsiefern diesmal überstanden zu haben schien. Das Berliner Hauptorgan des Zentrums sagt neuerdings zu den Wahlen, daß die Sozialdemokratie als Ganzes durchaus auf der Höhe des Vorjahres geblieben ist. Sie hat nicht einen Rückgang, sondern eine kleine Zunahme an Reichstagsitzen zu verzeichnen. Die Verschiebungen auf der Linken vollzogen sich lediglich innerhalb der Sozialdemokratie. Eine Abzweigung in andere Parteilager ist nicht zu verzeichnen. Die Zentrumspartei habe zwar auch heute noch eine ausschlaggebende Stellung, aber sie habe sie nicht mehr allein. Sie müsse dem entscheidenden Druck Rechnung tragen, den das überragende Stimmengewicht auf die Waagschale auszuüben vermöge. Die Zukunft unseres Vaterlandes sei nach wie vor in entscheidendem Maße in die Hand dieser Partei gegeben.

Die Furcht vor den Folgen ihres „Siegess“ macht sich jetzt bereits bei den Unabhängigen stark bemerkbar. Ihre himmelfürmenden Träume hatten ihnen die völlige Vernichtung der Sozialdemokratie und das erdrückende Übergewicht der eigenen Partei erwarten lassen. Jetzt haben sie nur das Erstarren der Reaktion und eine ganz unsichere Grundlage für die bisherige Regierung erreicht. Mit ihren 80 Mandaten glauben ihnen auch ihre Wähler nicht mehr, daß die Unabhängige Partei einflusslos ist und alles, was geschieht, von den Sozialdemokraten gesündigt ist. Daher ist guter Rat im unabhängigen Lager teuer. Sie haben den Eintritt in die Regierung der demokratisch-republikanischen Koalition abgelehnt und dadurch den Willen bekräftigt, die Regierung Deutschlands der Reaktion von rechts auszuliefern. Das ist politisch so volksfeindlich toll und dazu so selbstmörderisch gehandelt, daß sich diese Verkündung am Volkswohl früher oder später rächen muß. Da die Sozialdemokratie es ablehnt, in eine Regierung einzutreten, an der auch die Deutsche Volkspartei beteiligt ist, so wird Deutschland voraussichtlich, um eine genügend breite Regierungsgrundlage zu schaffen, recht bald wieder vor Neuwahlen stehen. Und dann wird das deutsche Volk fürchterlich mit den unabhängigen Helfershelfern der äußersten Reaktion abrechnen.

Unter den gegebenen Verhältnissen gewinnt der Gedanke einer Regierungskoalition von Stresemann bis Scheidemann immer mehr Boden. Voraussetzung für sie ist selbstverständlich, daß die „Deutsche Volkspartei“ bestimmte Bedingungen übernimmt, die die republikanisch-demokratische Freiheit Deutschlands in keiner Weise beeinträchtigen. Hierzu erklärte neuerdings der Reichspostminister Giesberts, ein alter christlicher Gewerkschaftler, ihm erscheine die Koalition von Scheidemann bis Stresemann als durchaus nützlich, aber als wenig wahrscheinlich. Es bleibe nur übrig, den gegenwärtigen Koalitionspartnern solange die Führung der Regierungsgeschäfte zu überlassen, bis zum Herbst das Volk erneut Gelegenheit erhalte, mit etwas ruhigeren Nerven und gefäßerem Urteil über seine politischen Wünsche zu entscheiden. Der „Vorwärts“ meint hierzu: Ob sich die alte Koalition werde bis zum Herbst halten können, wollen wir nicht untersuchen. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, weiter den Prügelknaben zu spielen für Dinge, wie sie sich in den letzten anderthalb Jahren abgepielt haben, ohne daß die Sozialdemokratie dies verhindern konnte. Aber daß dieser Reichstag ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einleuchten.

Zur Beurteilung der Verhältnisse, die die Kabinettsbildung so schwierig gestalten, muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die bisherigen drei Koalitionsparteien, Sozialdemokratie, Demokraten und Zentrum, von den 460 Mandaten nur 222 erhalten haben. Mit Einschluß der Unabhängigen würden die Regierungsparteien dagegen über 302 Stimmen und damit über eine zweifelslos gesicherte freiheitliche Mehrheit verfügen. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß weite Kreise der unabhängigen Wähler einer solchen Beteiligung an der deutschen Volksregierung durchaus zustimmen. Es dürfte sich die gegenwärtige Krisenregierung zu einer der Regierung als vielmehr zu einer der Unabhängigen auszuwachsen.

Der neue Reichstag.

Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die

Sozialdemokratische Partei Deutschland	5 531 157
Unabhängige Partei	4 209 862
Deutschnationale Volkspartei	3 638 851
Deutsche Volkspartei	3 456 131
Zentrum	3 500 800
Deutschnationale Partei	2 152 509
Christlich-föderalistische Liste (Bayer. Sp., Christl. Sp.)	1 254 983
Kommunistische Partei	433 199
Welfen	318 104

Auf Grund dieses Stimmenerhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichsliste 418 Abgeordnete gewählt worden, und zwar:

92 Abgeordnete	der Sozialdemokratischen Partei
58	des Zentrums
36	der Deutschnationalen Partei
61	der Deutschen Volkspartei
59	der Unabhängigen Partei
80	der Kommunistischen Partei
2	des Bayerischen Bauernbundes
4	der Welfen
5	der Christlich-föderalistischen Liste
21	der Christlich-föderalistischen Liste

Unter Zurechnung der Abgeordneten der Abstimmungsgebiete ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild:

Sozialdemokraten	110 Abgeordnete
Zentrum	67
Deutschnationale Partei	45
Deutsche Volkspartei	61
Deutschnationale Volkspartei	65
Christlich-föderalistische Liste	21
Unabhängige	80
Kommunistische Partei	2
Welfen	5
Bayerischer Bauernbund	4
Gesamtergebnis	460 Abgeordnete

Die Meuterei der Baltikumer in Soest.

Ueber die Vorgänge bei der Entwaffnung der Maschinen-gewehrkompanie in Soest wird von zuständiger Stelle nach mitgeteilt: Als die Mannschaften der Kompanie hörten, daß die Kompanie aufgelöst werden sollte, weigerten sie sich dem Befehl nachzukommen und marschierten ohne ihre Offiziere geschlossen nach einem Dorf in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung durchzuführen, wurden zwei Kompanien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und die Meuterer umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompanie das Feuer auf die Reichswehrtuppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintrafen. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompanie vor und führte ihre Entwaffnung durch. Verwundete Meuterer sind bisher nicht bekannt geworden. Die Mannschaften der Maschinengewehrkompanie sind interniert. Es ist eine strafrechtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet.

Dauernde Kabinettskrise in Italien.

Rom, 9. Juni. Bei Eröffnung der Kammer teilte Ministerpräsident Nitti die Neubildung des Kabinetts und die Zurückziehung des Dekrets über die Erhöhung des Notendruckes mit. Sodann überreichte er angesichts der gegenwärtigen parlamentarischen Lage das Reskript zur Auflösung des Kabinetts. Die Mitteilung wurde von den Sozialisten mit Beifall aufgenommen. Orlando ist als Kammerpräsident zurückgetreten.

Polnische Erfolge gegen die Bolschewisten.

Nach einem Telegramm aus Warschau besetzt der polnische Generalkommandant u. a. in der Nordfront zwischen der Düna und der Beresina verläßt unsere Gegenoffensive günstig. Unsere Truppen haben wieder eine Reihe wichtiger Punkte besetzt. Im Abschnitt Bobruisk haben wir das 85. bolschewistische Infanterie-Regiment vernichtet, wobei uns zahlreiche Gefangene, Pferde und viel Kriegsmaterial in die Hände fielen. Auf der litauischen Front zieht sich der geflagelte Feind nach Südwesten zurück. Im westlichen Dnjestr-Gebiet haben unsere Truppen starke bolschewistische Streitkräfte gesprengt.

Berichtsverfahren gegen Kappisten in Nordhessen.

Bei den Märzunruhen dieses Jahres wurde, wie schon jetzt gemeldet, in Bad Lhal (Hüringen) eine Anzahl Einwohner von Ragdeburger Zeitfreiwilligen verhaftet und mehrere von ihnen erschossen. Die angefallenen Ermittlungen konnten noch nicht abgeschlossen werden, umfangreiche Zeugenvernehmungen erforderlich sind. Hier ist in Verfolg der Ermittlungen gegen 14 Zeitfreiwillige Anklage wegen rechtswidrigen Waffengebrauches in Verbindung mit Totschlag erhoben worden.

Neues Attentat auf Lenin.

Petersburg, 8. Juni. (Dena.) Ein Funktelegramm aus Moskau meldet, daß auf Lenin ein neues Attentat verübt wurde. Ein Soldat hatte auf ihn einen Schuß abgegeben und ihn an der Hand verletzt. Der Attentäter wurde verhaftet. Die Verhaftung des Attentäters ist eine wichtige Angelegenheit.

Danziger Nachrichten

Eine Begegnung.

Es ist meist etwas Besonderes um ein paar alte Wiedersehen. Die Hände drücken herzlicher als sonst, man hat mit einmal viel Inneres aufgeschloffen und man fühlt sich, das gemeinsam zu gehen bleibt, wird ungewohnt. So kurz, doch auf ihn die Erinnerungen, trotz allem, die drängen, nicht recht Platz haben.

Dann erbat ich beim Abschied von dem Besuchsbesucher, der schon das Wein auf dem Tisch der Elektrischen hatte und mir die Hand beinahe schmerzhaft drückte, einen baldigen Besuch. Nein, nächste Woche ginge es nicht, da fahre er in Ferien, dem — Das andere war dann nicht mehr zu versprechen, es beruhte mit dem Mangel der Wagenstraße.

Ich sah noch ein paar Augenblicke lang heitere Augen und ging dann langsam weiter, nachdenklich.

Nein, der Schmidt; so was von Zufall!

Der steckte also noch in der gleichen Rede...

Mit dem, — natürlich, mit dem hatte ich ja damals auch die Wette gemacht wegen des Würfelspiels; er lobete mich seinerzeit zwei Flaschen Bier, er hatte aber auch was los im Feilen, einen Strich! Lächelnd überhaupt ein flüchtiges Ausrufen, dieser Schmidt!

Ob er übrigens auch noch wissen würde, wie wir damals — zu dumme, das mit den Ferien gerade jetzt!

Ferien! Ich muß das Wort fast hörbar wiederholen, ich habe plötzlich eine besondere Vorstellung, bei dem Gedanken: Schmidt in Ferien!

Ich verliere mich...

Gaßen mir nicht damals Sommerferien, wenn in dem heißen Maschinenpark die Hitze so an den Beinen klebte und bronnen vor den angefehlten Fenstern die Sonne durch den grünen Baum wirkte, die Arbeitspausen ganz mit brennenden Ferienwünschen ausgefüllt! Und stieg nachher nicht jenseit unfählich Wüstere in uns auf, wie man es empfindet, wenn man irgendwo eine Schönheitsprüfung zu erbliden vermag? Damals —

Jetzt aber geht Schmidt in die Ferien...

Wandlung, Wandlung — denke ich so bei mir.

Als ich in meine Straße einbog, standen dort Leute vor der Platztür. Und ich sah eine Schlagzeile in stumpfem Gelb: „Es hat sich nichts geändert!“

Wenn Schmidt aus den Ferien kommt, will ich ihn vorhin, demes fragen.

Der modernisierte Amtsschimmel

Von dem Deutschen und Christlichen Transportarbeiter-Verband und dem Bund der Arbeitgeberverbände im Handelsgewerbe war unter dem 27. Februar 1920 beantragt, die zwischen den beiderseitigen Organisationen getroffene Vereinbarung auf Zahlung einer Erwerbszulage mit Wirkung vom 1. Februar 1920 als rechtsverbindlich zu erklären.

Am 8. Juni 1920, also nach vollen drei Monaten, ist es dem Regierungspräsidenten endlich gelungen, die Angelegenheit in Bearbeitung zu nehmen. Er macht im Staatsanzeiger für Danzig bekannt, daß Einwendungen gegen diesen Antrag bis zum 26. Juni 1920 zu erheben sind.

Nun ist aber zwischen den beteiligten Organisationen Anfangs April bereits ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen, für den ebenfalls die Rechtsverbindlichkeit nachgefragt wurde. Diese Angelegenheit ist nun etwas früher und zwar schon am 17. Mai 1920 in Bearbeitung genommen; die Frist zur Erhebung der Einwendungen ist demnach auf den 5. Juni 1920 festgesetzt.

Wir werden nun also das erbauliche Schauspiel erleben, daß der Tarifvertrag, der früher geschlossen wurde, die Rechtskraft früher erlangt, als der ältere Vertrag, der erst später als rechtsverbindlich erklärt werden wird.

Bei einer derartigen Handhabung der Geschäfte müssen bei Arbeitgebern sowohl wie bei Arbeitnehmern berechtigter Zweifel darüber entstehen, ob es überhaupt noch einen Zweck hat, Verbindlichkeitsklärungen beim Regierungspräsidenten nachzusuchen. Wenn Tarifverordnungen, die im Februar geschlossen wurden, erst im Juli ihre Verbindlichkeit erlangen, haben solche Maßnahmen überhaupt keinen Wert mehr; sie führen dann sogar zu einer Schwächung der Arbeiterschaft. Bei der heutigen schnelllebigen Zeit, wo alle 2—3 Monate neue Lohnverordnungen notwendig werden, muß unbedingt verlangt werden, daß der Amtsschimmel ein schnelleres Tempo anschlägt. Bei der geschilderten Methode der Geschäftsführung muß jeder Mensch das Vertrauen zu den obersten Regierungsstellen verlieren.

Handelskassenscheine, schreibt Euch dies ins Gedächtnis! In der Organisation liegt Eure Stärke!

Bezirksversammlungen

des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt.

Donnerstag, den 10. Juni:

1. Bezirk (Neckstadt) in der Aula des städtischen Gymnasiums am Unterplatz, abends 7 Uhr. Referent: Stadtverordneter Gen. Spill.

2. Bezirk (Altstadt) im Lokal der Petruskule, am Hansaplatz, abends 7 Uhr. Referent: Gen. Dr. Ding.

3. Bezirk (Langfuhr) bei Stefan, Brunshöfenerweg 86, abends 6½ Uhr. Referent Gen. Müller.

Freitag, den 11. Juni:

4. Bezirk (Stadtmittel) von Hundegasse bis Kation Gertrud und Peterhagen) im „Blauen Lammchen“, am Seumarkt 10, abends 6½ Uhr. Referent: Gen. Dr. Kamnitzer.

5. Bezirk (Gorbude) bei Schönwiese, abends 7 Uhr.

Die Eröffnung des Danziger Volkstages

erfolgt am Montag, den 14. Juni, nachmittags 4 Uhr, im Vorderhaus auf Neugarten. Der Volkstag wird in dieser ersten Sitzung ihren Präsidenten, den Stellvertreter und die Schriftführer wählen und sich eine Geschäftsordnung geben. Der Präsident tritt in Sitzungssaal und den Geschäftsräumen das Hausrecht und die Polizeigewalt aus. Die Sitzungen sind öffentlich. Wahrheitsgetreue Berichte über die Verhandlungen steht es jeder Verantwortlichkeit frei. Die Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit gefaßt. Der Oberkommissar und der Staatsrat sind von jeder Vollziehung und jeder Sitzung des Ausschusses zu benachrichtigen. Die Mitglieder und Beauftragten des Staatsrats müssen in der Sitzung jederzeit gehört werden. Sie unterstehen nicht der Ordnungsgewalt des Präsidenten. Die Mitglieder der Versammlung können wegen ihrer Äußerungen in Kulturbund oder Berufes nicht zur Verantwortung gezogen werden. Sie genießen die Rechte von Parlamentariermitgliedern, einschließlich des Rechtes der Immunität. Über Angelegenheiten die mit ihrer Eigenschaft als

Vollstreckter in Verbindung stehen. Die Höhe der Kammerentgelt der Abgeordneten wird von der Versammlung festgesetzt. Beamte, Angestellte und Arbeiter öffentlicher Körperschaften bedürfen zur Ausübung ihres Amtes als Mitglieder der Versammlung keines Erlaubnis.

Die Anerkennung unserer Bürgerwehr.

Wie wir zu unserer großen Genugtuung feststellen können, ist endlich die Ungenügsamkeit über die Zukunft unserer Bürgerwehr beseitigt worden. Der Senatrat hat am 7. Juni beschlossen, sämtliche im Gesetz, Kriminal- und Verwaltungsverordnungen tätigen Mitglieder der Danziger Bürgerwehr, insgesamt 120 Mann, in ihren jetzigen Stellungen auf den Streitdienst zu übernehmen. Und zwar kommen für die Übernahme die veralteten preussischen militärischen Bedingungen nicht in Frage. Der Staatsrat kam zu seinem Beschluß auf Grund der von der Bürgerwehr bewiesenen Loyalität und Zuverlässigkeit im preussischen Dienst und nach dem Ergebnis einer schriftlichen Prüfung.

Wir rechnen es uns zur Ehre an, daß wir als einzige Danziger Stadt durch unsere publizistische Unterstützung der berechtigten Forderungen der Bürgerwehr zu diesem Beschluß des Staatsrates beitragen konnten.

Umwandlung der Westpreussischen Feuerzofizität in eine Aktiengesellschaft.

Und wird von zuständiger Stelle geschrieben: Am 8. Juni hat der Sozialrat, die aus 68 gewählten Sozialratsmitgliedern bestehende Vertretung der Versicherten der Anstalt, in außerordentlicher Tagung beschlossen, die Westpreussische Feuerzofizität in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Die Anstalt führt von jetzt ab den Namen „Die Danziger Versicherungs-Aktiengesellschaft“.

Die Umwandlung ist, unter sehr bedeutender Erhöhung der Garantiefonds der Anstalt, zu dem Zwecke erfolgt, um die Sozialität auf eine so breite und sichere Grundlage zu stellen, daß sie auch in Zeiten politischer oder wirtschaftlicher Unsicherheit ein für allemal gesichert ist. Insbesondere soll die Anstalt durch Aufnahme neuer Versicherungszweige erheblich erweitert werden. Dabei ändert sich nichts in dem Verhältnis zwischen den Versicherungsnehmern und der Anstalt, vielmehr werden die beiderseitigen Rechte und Verbindlichkeiten durch die Umwandlung in keiner Weise berührt. Die Anstalt wird auch unter dem neuen Namen nach den gleichen bewährten Grundsätzen wirken, wie während ihres 133-jährigen Bestehens.

Amerikanische Selbsthilfe gegen den Wucher.

Von Birmingham, Alabama, hat sich in den letzten Wochen eine Bewegung über das ganze Land fortgepflanzt, die anfänglich nur ein guter Scherz zu sein schien, aber mehr und mehr ein bitterer Ernst wird. Es ist die Overall-Bewegung. Overall gleich „über alles“, ein praktisches Arbeiterleidensmittel. Jede wie Hose, aus Drilling oder einem anderen haltbaren Material hergestellt.

Das Bürgerkleid wird immer teurer und unerschwinglicher. Wir wollen alle Laxe lozen und brauchen immer mehr“, lautet mit dem Marschall Faust die leidende Menschheit. Angabe, die früher 35 Dollar kosteten, sind heute unter 80 nicht zu haben. Schief, einst 6 Dollar, nicht mehr unter 14. Und so weiter durch die ganze Liste menschlicher Bekleidungsstücke. Kartoffeln und Zucker waren im Januar dieses Jahres dreimal so teuer als im Jahre 1913 und sind seither, besonders Zucker, weiter gestiegen.

„Dräben“, schreibt der amerikanische Verfasser, „wird man sich den Leibgürtel enger schnallen, aber nach außen den Schein wahren, hier im Lande demokratischer Bestimmung ist man sich weiter satt und spart an dem Luxus der Kleidung. Ein Geheimrat ohne Gehrock, wäre in Preußen eine Unmöglichkeit. Hier kaufen jetzt Arbeiter und Arbeiter, Chef und Angestellter, Arzt, Geistlicher, Beamter im selben Kleide herum, blauen oder braunen, gestreiften oder glatten „Overalls“ mit handfesten, dreifach genähten Säumen, Metallknöpfen, Hosen, Brusttasche und Hosenträger in einem. Und die Welt geht nicht unter, niemand „vergisst“ sich etwas, im Gegenteil, diese, die sich Kleider zu jedem Preis leisten können, sehen einen Stolz darin, im Arbeitskleid den Kampf gegen die Mäucher und Profiteure mitzumachen.“

Man mag über die ganze Bewegung als eine Modenartheit lächeln, aber nicht, wie der Gedanke die Massen ergreift, wie Trübsinn im Arbeitskleid auf die Rangel steigen. Richter in ihm Recht sprechen, Professoren, Bürgermeister in ihm antworten, ja sogar Abgeordnete des Volkes in ihm die sonst nicht von Arbeit entweichenden Gassen der Legislaturen betreten, wie alle Stände plötzlich die sie trennenden Unterschiede der Kleidung fortwerfen, um in einem und demselben Kleid den Kampf für eine gemeinsame Sache zu führen, der bekanntlich doch Respekt vor dieser gesunden Demokratie, die nicht in äußeren Formen, in fortwährend, freiwillig angehauchten Verfassungen ihre Stütze hat, sondern in dem freien Sinn freier Männer. Und man feigt wie Goethe: Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, wo niemand über seine Bügelhaute zu springen magt und zwischen Goldschmuck und Stehtragen-Professariat noch dieselbe soziale Klüft gähnt, wie einst vor der „Revolution“.

Lohnbewegung in den hiesigen Danziger Staatsbetrieben.

Am Mittwoch sollten mit der Leitung der früheren Staatsbetriebe Danziger Werk, Gemeindefabrik und Kruppwerkstatt, über die eingereichten Lohnforderungen verhandelt werden. Von der Direktion wurde erklärt, daß die diesen Betrieben eingereichten Lohnforderungen in ihrer Höhe gegenüber den anderen Betrieben so abweichend sind, daß eine Verhandlung auf dieser Grundlage unmöglich sei. Sie sei jedoch bereit, auf der Grundlage der Forderungen von Schichau, Rawitter und Wejan zu verhandeln. Sie wird in den nächsten Tagen ihrerseits eigene Vorschläge machen. Damit sind die Verhandlungen einstweilen vertagt.

Zur Lohnbewegung der Straßenbahner

hat am Dienstag der städtische Schlichtungsausschuss Stellung genommen, und sich mit den Lohnforderungen, die zwischen dem Fahrpersonal der Elektrischen Straßenbahn und der Betriebsdirektion bestehen, sehr eingehend beschäftigt. Da ein Vergleich zwischen den beiden Parteien nicht zu Stande zu bringen war, wurde folgender Schiedsspruch gefaßt:

„Der bisherige unter dem 3. April 1920 geschlossene Tarifabkommen bleibt mit der Aufgabe weiter in Kraft, daß mit Wirkung vom 1. Juni 1920 auf monatliche Lohnsätze von 100 RM pro Monat gegahlt wird. Die Stredenredner mit vierstündiger Arbeitszeit erhalten eine monatliche Zulage von 50 RM. Diese Zulagen sind für die Monate Juni, Juli und August zu zahlen und während Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Tarifabkommens zu zahlen.“

Die beiden Parteien haben sich bis zum 15. Juni 1920 zu erklären, ob sie den Schiedsspruch annehmen oder nicht.

Angehörige noch nicht heimgekehrter Kriegsgefangener.

die sich in England, Frankreich, Amerika, Belgien, Italien und Serbien in Gefangenschaft befinden haben, werden dringend ersucht, der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene — in Danzig: Kriegsgefangenen-Helmwehrstelle, Hundegasse 90, Fernruf 2844 — bis spätestens am 15. Juni

zu melden, wenn diese Gefangenen noch nicht heimgekehrt sind. Erfolgt die Meldung nicht spätestens bis zu diesem Tage, so kann sie nicht mehr berücksichtigt werden. Die bis dahin nicht angemeldeten Kriegsgefangenen müssen als Vermisste betrachtet werden.

Ein mörderischer polnischer Vorfall.

Im Danzig drehen sich immer wieder die Absichten gewisser polnischer Kreise. Die Stadt soll mit allen Mitteln mörderisch gemacht werden, um schließlich doch den Polen zu gefallen. Ohne Scheu wird das oft ausgesprochen und in einer Art, die diese Einflüsse in die Zukunft tun läßt, die unserem alten deutschen Danzig bevorzugen würde, wenn jene Pläne je einmal gelingen könnten. Sie werden aber niemals gelingen! Das sollen sich auch die sagen, die offenbar zu sehr unter dem neuwachen Siegeltrausch von der Volkswirtschaft stehen. Darauf muß man wohl den neuesten geradezu übermäßigsten menschenfreundlichen Vorschlag der hiesigen „Magazin“ rechnen. Das Blatt schlägt vor, „wenn die polnischen Vertikalisierung Langs die Aufnahme von Lebensmitteln aus Polen solange zu forcieren, bis Danzig für Polen so sehr schädliche deutsche Währung abgibt und sich minderwertige polnische erlegt hat.“

Denn soll das ganze Danzig von Polen angeführt genau so menschenfreundlich mißhandelt werden wie es noch immer mit Dr. Wagner geschieht. Das polnische Blatt, das diese Massen-Auswanderung vorschlägt, nennt sich dazu fromm-katholisch. An der Stirn trägt es sogar ständig den katholischen Gruß: „Gelobt sei Jesus Christus!“ Und trotzdem fordert es das ungeheuerliche Verbrechen eines neuen bethlehemitischen Kindermordes auch gegen seine katholischen Glaubensgenossen um schänden Mannworts willen!

Die Dienststunden der deutschen Poststelle befinden sich von heute ab im Gerichtsgebäude, Krugarten. Für Angehörige der Kreisstadt Danzig wird der Sicherermerk auf Zimmer 8 erteilt. Auskunft und Pässe für Reichsdeutsche sowie Sicherermerke für Ausländer sind auf Zimmer 8 erhältlich. Die Dienststunden für den Verkehr mit dem Publikum sind von 8 bis 1 Uhr festgesetzt. Die deutsche Poststelle bleibt morgen — Freitag — nachmittags und am Sonntag den ganzen Tag für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Sicherung der im polnischen Schuldienste verbliebenen deutschen Lehrer. Wie uns von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, hat das polnische Ministerium, Dep. für Kirchen- und Schulangelegenheiten, in Warschau unter dem 30. April d. J. die Erklärung abgegeben, daß Artikel 5 des deutsch-polnischen Beamtenabkommens für die nach dem 31. März 1920 im polnischen Schuldienste verbliebenen deutschen Lehrpersonen auch nach dem 10. Juni 1920 zu deren Gunsten ausgesetzt werden wird. Die zuständigen Behörden sind bereits angewiesen worden, alsbald entsprechende Verfügung zu erlassen. Ferner hat das genannte Ministerium zugesichert, daß es im Falle irgend welcher Schwierigkeiten die Lehrer unter seinen besonderen Schutz nehmen werde.

Neues Operetten-Theater: Am Mittwoch, den 16. Juni findet die Eröffnungsvorstellung im Neuen Operetten-Theater (früheren Wilhelm-Theater) statt. Das Theater ist vollständig renoviert. Durch verschiedene Umbauten ist unter anderem auch der Orchesterraum bedeutend vergrößert, so daß das Theater jetzt auch den gesteigerten Anforderungen der Neuzeit genügt. Die künstlerische Leitung hat Herr Direktor Sigmund Kunst abgenommen. In Szene geht die „Garbafabrik“, Operette in 3 Akten von Emmerich Kalmán, in völlig neuer Ausstattung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Ursula Brand vom Theater des Westens Berlin, Peter Hoenes vom Stadttheater Düsseldorf, Carla Ott vom Stadttheater Stettin, Walter Praeuer vom Stadttheater Leipzig, Charlotte Proa von der Komischen Oper Berlin. Die Regie führt Herr Operettenleiter Walter Praeuer, die musikalische Leitung Herr Kapellmeister Dr. Orgz.

Der Passagierdampfer „Guldbjerg“, der den Verkehr Swinemünde-Danzig unterhält, hat bisher in der Stadt am „Langen Lauf“ angelegt. Bei den ersten beiden Reisen hat sich ergeben, daß die Wassertiefe an dieser Anlegestelle nicht ausreicht, um ein gutes Manövrieren des Dampfers zu ermöglichen. Während des Krieges haben an den Swinemünder See- und Seebahnen mehr verkehrt. Die Folge davon ist, daß die Wassertiefe stark verflaucht ist. Die Hafenbehörden selbst haben aber noch größere Bedenken gegen das Anlegen des Dampfers am „Langen Lauf“, weil die Holzbohlen im Laufe der letzten Jahre mangelhaft reparaturunfähig gelitten hat, so daß keine Gewähr mehr für die Sicherheit der großen Mengen Zuschauer und Fahrgäste, die sich beim Anlegen und Abfahren des Dampfers auf der Brücke einfänden, geleistet werden kann. Die Reederei sieht sich darum gezwungen, abgesehen von einem Platz im Innern der Stadt entschieden den Vorschlag zu geben, den Dampfer in Zukunft an Prabsank vor der Rasowitzerischen Fährle anlegen zu lassen.

Der Vorprozess gegen die Geschwister Puchrowski wird am Montag, den 21. Juni, vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelt werden.

Als gestohlen angeschlossen ist eine Algarrentasche mit Perlmutterbeleg, im Innern blau und Monogramm G. G. Ferner ein Siegelring mit Blaufarb. Die Eigentümer werden ersucht, sich im Kriminalbureau zu melden.

Verhafteter Radeschwinder. Der Schwindler, der sich von mitleidigen Personen Reisegeld nach Liegenhof erschwindeln ließ und auf den ein hiesiges Blatt in letzter Zeit ginzweise wies, ist in der Person des Sattlers Bruno Saewe aus Liegenhof, zurzeit ohne Wohnung, ermittelt und festgenommen. Seiner eigenen Angabe nach hat er keine Schwimdflecken seit circa vier Wochen betrieben und die Anzahl mitleidiger Personen geschätzt. Er ist auch wegen schweren Diebstahls von der hiesigen Staatsanwaltschaft gesucht worden.

Letzte Nachrichten.

Kabuff der polnischen Regierung.

Warschau, 9. Juni. (Deutsch-polnischer Pressedienst.) Die Regierung hat ihre Demission eingereicht, der Staatschef hat die Demission angenommen und den Ministerpräsidenten und Minister gebeten, ihre Geschäfte bis zur Bildung eines neuen Kabinetts weiterzuführen.

Chefredakteur Adolf Bartel.

Verantwortlich für den politischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil Adolf Bartel, für den unpolitischen Teil Adolf Bartel, für die Inzerate Bruno Gwert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. G. B. & Co., Danzig.

